

## AfD

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel  
Telefon 0561 787 3265  
Telefax 0561 787 3266  
fgs@afd-fraktion-kassel.de

3. September 2024  
1 von 2

Vorlage Nr. 101.19.1244

### **Demontierung der Fahrradbügel auf dringend benötigten Parkplätzen/Parkständen**

#### **Antrag**

zur Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

In Kassel werden unverzüglich alle Fahrradbügel demontiert, die auf Parkplätzen/Parkständen installiert wurden. Für die demontierten Fahrradbügel sind entsprechend Alternativstandorte in Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten und den Bürgern vor Ort zu suchen. Eine Installation weiterer Fahrradbügel auf Parkplätzen/Parkständen ist ausgeschlossen. Etwaiges Verwaltungshandeln ist durch den Magistrat umgehend zu stoppen.

#### **Begründung:**

Die Installation von Fahrradbügeln auf Parkplätzen/Parkständen in Kassel hat erheblichen Unmut unter den Bürgern hervorgerufen. Die negative öffentliche Wahrnehmung dieser Maßnahmen hat zu einer zunehmenden Polarisierung in der städtischen Bevölkerung geführt.

Parkplätzen/Parkständen sind ein zentraler Bestandteil der städtischen Infrastruktur und haben direkte Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft. Einzelhändler, Gastronomiebetriebe und Dienstleister sind auf eine ausreichende Verfügbarkeit von Parkmöglichkeiten angewiesen, um Kunden anzuziehen. Ein Mangel an Parkplätzen/Parkständen kann dazu führen, dass Kunden alternative Einkaufsorte aufsuchen, was zu Umsatzverlusten und letztlich zur Schwächung des lokalen Wirtschaftsgefüges führt. Die daraus resultierende wirtschaftliche Schädigung stellt ein ernsthaftes Risiko für das städtische Wirtschaftssystem dar.

Viele Bürger sind ferner aus verschiedenen Gründen auf das Auto angewiesen. Sei es aufgrund beruflicher Verpflichtungen, familiärer Erfordernisse oder

mangelhafter Alternativen im öffentlichen Nahverkehr – das Auto bleibt für viele Menschen ein unverzichtbares Verkehrsmittel. Die Reduzierung von Parkplätzen/Parkständen verschärft die ohnehin schon angespannte Parksituation und erhöht den Druck auf die Bürger, alternative, oft weniger praktische Verkehrsmittel zu nutzen. Dies betrifft insbesondere diejenigen, die aufgrund ihrer Lebensumstände oder ihres Wohnortes keine realistische Alternative zum Auto haben.

Des Weiteren sind insbesondere ältere Menschen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität auf nahegelegene Parkmöglichkeiten angewiesen. Eine Reduzierung von Parkplätzen/Parkständen würde diese Gruppen unverhältnismäßig stark treffen und ihre Mobilität sowie Teilhabe am städtischen Leben erheblich einschränken. Eine Benachteiligung dieser vulnerablen Gruppen durch infrastrukturelle Maßnahmen gilt es zu vermeiden.

Eine unzureichende Anzahl an Parkplätzen/Parkständen kann darüber hinaus zu vermehrtem illegalem Parken führen. Dies kann die Verkehrssicherheit erheblich gefährden, da falsch geparkte Fahrzeuge Sichtachsen blockieren und Rettungswege versperren können. Der Verlust von Parkplätzen/Parkständen könnte somit nicht nur das individuelle Mobilitätsbedürfnis beeinträchtigen, sondern auch zu einer allgemeinen Verschlechterung der Verkehrssicherheit beitragen. Die negativen Konsequenzen einer solchen Entwicklung sind sowohl für die betroffenen Bürger als auch für die städtische Gemeinschaft insgesamt problematisch.

Im Weiteren hat sich der am 12. Juni 2023 gefasste Beschluss zur Evaluation der Standorte der Fahrradabstellanlagen (Vorlagen-Nr.: 101.19.784) als wirkungslos erwiesen. Trotz der zahlreichen Beschwerden und Sorgen der Bürger wurde an der Reduzierung von Parkplätzen/Parkständen festgehalten, ohne dass eine adäquate Berücksichtigung der öffentlichen Meinung stattfand. Diese fehlende Rückkopplung und das Festhalten an ideologischen Positionen führen zu einer weiteren Entfremdung zwischen der Stadtverwaltung und der Bevölkerung, was das Vertrauen in die städtische Politik untergräbt.

Die Entfernung der Fahrradbügel auf Parkplätzen/Parkständen bietet eine ökonomisch effiziente und pragmatische Lösung. Aufgrund der unkomplizierten Demontage erfordert dieser Schritt weder erhebliche finanzielle Mittel noch einen nennenswerten Zeitaufwand. Auf diese Weise könnten die Anliegen der Bürger zeitnah und wirkungsvoll berücksichtigt werden, ohne dabei die städtischen Ressourcen übermäßig zu beanspruchen.

Berichterstatter/-in:                    Stadtverordneter Michael Werl

gez. Sven R. Dreyer  
Fraktionsvorsitzender